Forum-Gewerberecht | sonstige Themen | Bremen: Gastwirt erhält ein Bußgeld bis 2.500 € - Raucher bis 500 € (Ordnungswidrigkeit)

Autor	Beitrag
anders 10.07.2007 16:19	Raucher werden verbannt Referentenentwurf regelt Sanktionen BREMEN (i)Gerade einmal sieben Paragrafen ist der bremische Gesetzentwurf "zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens" lang - und soll ab dem Herbst einen allgemeinen Nichtraucherschutz in der Öffentlichkeit gewährleisten. Die Liste jener Orte, an denen das Rauchen künftig verboten sein soll, ist lang. Alle Behörden gehören beispielsweise dazu, die Gerichte, der Knast, die Krankenhäuser und Schulen. Außerdem die Hochschulen und Studentenheime, sämtliche Sport- und Kultureinrichtungen, die Häfen und Flughäfen. Das ist in aller Regel nicht neu, an den meisten dieser Orte darf man schon heute nicht mehr rauchen. Aber schließlich - und das ist neu - sollen Raucher auch aus allen Kneipen und Gaststätten in Bremen verbannt werden. Nur wenn es dort abseits der Theke noch abgetrennte Räumlichkeiten, also Hinterzimmer, gibt, dann sollen diese den Rauchern offenstehen dürfen. In Discotheken indes reicht nicht einmal mehr das: Dort soll das Rauchverbot ohne jede Ausnahme gelten. Auch Sanktionen sind bereits festgelegt: Wer raucht, wo dies verboten ist, begeht eine Ordnungswidrigkeit - und soll dafür bis zu 500 Euro zahlen. Und wer beispielsweise als Kneipier das Rauchverbot nicht durchsetzt, dem drohen sogar bis zu 2 500 Euro Bußgeld. Noch ist das Gesetz allerdings ein Referentenentwurf aus dem Sozialressort - und muss also erst noch vom Senat und dem Parlament beraten und beschlossen werden. Änderungen sind also möglich. Dabei sei das Papier mitnichten ein Entwurf aus den Zeiten der großen Koalition, heißt es aus der Behörde. Die neue rot-grüne Regierung jedenfalls habe ihren Segen schon erteilt. Kritik am Entwurf kommt hingegen von den Jungen Liberalen: Sie sind der Meinung, dass mit dem Gesetz auch "das Aus für viele kleine gemütliche Eck- und Kultkneipen" komme, zahllose "Existenzen" in Gefahr seien: Es könne nicht angehen, so der FDP-Nachwuchs, "dass Arbeitsplätze auf dem Scheiterhaufen der staatlichen Zwangserziehung geopfert werden sollen" Gefunden unter: http://syke.mzv.net/news/stories/bremen/?id=88296

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH